

**Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen
Analyse des Rechts**

Band 22

Recht durch Rechtsanwälte?

**Eine ökonomische Analyse des Marktes
für Rechtsanwaltsdienstleistungen**

**Von
Thomas Wein**



Duncker & Humblot · Berlin

THOMAS WEIN

Recht durch Rechtsanwälte?

Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts

herausgegeben von

Heinz Grosseckler, Münster · Bernhard Großfeld, Münster

Klaus J. Hopt, München · Christian Kirchner, Berlin

Dieter Rückle, Trier · Reinhard H. Schmidt, Frankfurt/Main

Band 22

Recht durch Rechtsanwälte?

**Eine ökonomische Analyse des Marktes
für Rechtsanwaltsdienstleistungen**

Von

Thomas Wein



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wein, Thomas:

Recht durch Rechtsanwälte? : Eine ökonomische Analyse des
Marktes für Rechtsanwaltsdienstleistungen / von Thomas Wein. –
Berlin : Duncker und Humblot, 1995

(Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des
Rechts ; Bd. 22)

Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 1994

ISBN 3-428-08320-2

NE: GT

D 83

Alle Rechte vorbehalten

© 1995 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5065

ISBN 3-428-08320-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
gemäß der ANSI-Norm für Bibliotheken

Vorwort des Betreuers

Die ökonomische Analyse der Märkte für Rechtsanwaltsdienstleistungen stellte bislang ein weitgehend unerforschtes Gebiet dar. Eine fundierte Analyse war von höchster wirtschaftspolitischer Relevanz, weil 1987 das Bundesverfassungsgericht das geltende anwaltliche Standesrecht als verfassungswidrig eingestuft und eine gesetzliche Nachbesserung verlangt hat. Des weiteren drängt die Europäische Union darauf, auch im Bereich der Rechtsberatungsmärkte die volle Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zu verwirklichen.

Wein stellt in seiner Arbeit das Gut Rechtsberatung mit den Mandanten der Rechtsanwälte als Nachfrager und den Rechtsanwälten als Anbieter dieses Gutes in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Die mit diesem Gut verbundenen (vermeintlichen) Besonderheiten wurden aus der in Deutschland vorzufindenden Regulierung der Anwälte abgeleitet, wonach die eigennutzorientierten Anwälte die Gerichte bei der Wahrheitsfindung unterstützen, die Kosten des Rechtswesens minimieren, das verteilungspolitische Ziel "Möglichkeit zur Rechtsdurchsetzung unabhängig von der Einkommens- und Vermögensverteilung" berücksichtigen und die Mandanten trotz ungleich verteilter Informationen nicht benachteiligen sollen. Ebenfalls berücksichtigt Wein in seiner Analyse wichtige Einflußfaktoren aus vor- und nachgelagerten Märkten wie die Frage nach der adäquaten Finanzierung der Gerichte oder die nach der Funktionsfähigkeit von Rechtsschutzversicherungsmärkten.

Insofern gleicht diese Arbeit einem aus tausenden von Mosaiksteinen zusammengesetzten Bild. Daß es Wein gelungen ist, die vielen theoretischen und empirischen Details zu einem Ganzen zusammenzufügen, ist seine große Leistung. Die Lektüre verlangt zwar vom Leser viel Aufmerksamkeit und Durchhaltevermögen. Zwischendurch hilft aber der Autor dem Leser immer wieder durch zusammenfassende Texte und Übersichten. Weins Arbeit stellt daher ein Kompendium der ökonomischen Analyse der Rechtsberatungsmärkte dar, auf das künftige Analysen unvermeidlich zurückgreifen müssen. Folglich kann man mit Fug und Recht sagen, daß durch die Arbeit Weins die bisher bestehende Lücke der ökonomischen Forschung zumindest deutlich verringert wurde.

Berlin, im November 1994

Prof. Dr. Charles Beat Blankart

Vorwort des Verfassers

Das vorliegende Werk stellt die leicht veränderte Fassung einer Arbeit dar, die im Sommer 1994 vom Fachbereich "Wirtschaft und Management" der Technischen Universität Berlin als Dissertation angenommen wurde. Zu besonderem Dank bin ich den beiden Gutachtern im Promotionsverfahren, Prof. Dr. Charles Beat Blankart und Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers, verpflichtet. Herr Professor Dr. Blankart stand mir mit großer Geduld sowie vielfältiger Diskussionsbereitschaft hilfreich zur Seite und hat mich in meiner Vorgehensweise immer wieder ermuntert. Insofern hat er einen großen Anteil an dieser Arbeit. Herr Professor Dr. Ewers hat mich kontinuierlich an das wissenschaftliche Arbeiten herangeführt und mit dem Themenkreis "Marktversagen, insbesondere Informationsmängel, Regulierung und Deregulierung", auch durch sein vielfältiges persönliches Engagement, vertraut gemacht. Ohne diese entscheidenden Weichenstellungen wäre ich nie zu diesem Thema und der gewählten Vorgehensweise gelangt.

Prof. Dr. Michael Fritsch kommt ebenfalls eine große Bedeutung für das Gelingen dieser Arbeit zu: Im Rahmen einer langjährigen Zusammenarbeit wurde ich von ihm besonders dazu angehalten, die sprachlichen und formalen Aspekte des wissenschaftlichen Arbeitens ausreichend zu beachten. Die von ihm dabei erwiesene Geduld und Einsatzbereitschaft war außerordentlich hoch. Dipl. Volkswirt Oliver D. Perschau stellte für diese Arbeit eine äußerst hilfreiche inhaltliche und persönliche Stütze dar; auch ihm möchte ich hiermit meinen großen Dank aussprechen. Die Konzeption dieser Arbeit durfte ich freundlicherweise dem "Ittinger-Kreis" vortragen; für das dort entgegengebrachte Interesse und die aufschlußreichen Hinweise danke ich. Im Laufe der Jahre wirkten eine Reihe von studentischen Hilfskräften und Tutoren bei der Literatur- und Datenbeschaffung mit. Stellvertretend möchte ich mich daher bei cand. rer. oec. Monika Elias und cand. rer. ing. Tim Roggenbach bedanken. Cand. rer. oec. Christiane Mattik und Dr. Beate Scheidt haben dankenswerterweise geholfen, die Endfassung dieser Arbeit Korrektur zu lesen und sprachliche sowie inhaltliche Schwachstellen zu entdecken. Die verbleibenden Fehler und Mißverständnisse habe natürlich nur ich zu verantworten.

Lüneburg, im Dezember 1994

Thomas Wein

Inhaltsverzeichnis

1 Problemstellung	17
2 Anwaltsregulierung - Rechtliche Ausgestaltung und ökonomische Interpretation	21
2.1 Juristische und ökonomische Motive für die Regulierung der Anwälte	21
2.2 Einzelvorschriften des anwaltlichen Standesrechts und die ökonomische Sichtweise	23
2.2.1 Marktzugangsbeschränkungen	23
2.2.2 Ausübungsvorschriften	28
2.2.3 Europarechtliche Vorgaben	36
2.3 Zusammenfassung	37
3 Ungleiche Information und Rechtsanwälte	39
3.1 Das Problem	39
3.2 Der Rechtsanwaltsmarkt ohne staatliche Eingriffe - Gefahren	42
3.2.1 Asymmetrische Informationsverteilung und Prinzipal-Agent-Theorie	42
3.2.1.1 "hidden action" und moralisches Risiko	44
3.2.1.2 "hidden information" und adverse Auslese	48
3.2.2 Der Rechtsanwalt und die Prinzipal-Agent-Theorie	54
3.2.2.1 Rechtsanwälte als Agenten sowie Mandanten als Prinzipale im Falle von "hidden action"	55
3.2.2.2 Mandanten als Agenten sowie Rechtsanwälte als Prinzipale im Falle von "hidden action"	56
3.2.2.3 Rechtsanwälte als Agenten sowie Mandanten als Prinzipale im Falle von "hidden information"	57
3.2.2.4 Mandanten als Agenten sowie Rechtsanwälte als Prinzipale im Falle von "hidden information"	58
3.2.3 Zusammenfassung	59
3.3 Der Rechtsanwaltsmarkt ohne staatliche Eingriffe - Lösungsmöglichkeiten	59
3.3.1 Informationsnachfrage	61
3.3.1.1 Informationsnachfrage seitens eines beliebigen Prinzipals	62
3.3.1.2 Informationsnachfrage seitens des Prinzipals "Mandant"	64
3.3.1.3 Zusammenfassung	67
3.3.2 Eingehen eines Garantieversprechens	67
3.3.2.1 Garantieverprechen und ungleiche Information	67
3.3.2.2 Garantien und Haftung bei Rechtsanwälten	74
3.3.2.3 Zusammenfassung	79
3.3.3 Strategische Preisbildung	81
3.3.3.1 Signaling und Preise	82
3.3.3.2 Preissignale bei Anwälten	88
3.3.3.3 Fazit	93

3.3.4	Strategische Investitionen in das Humankapital	94
3.3.4.1	Ausbildungsinvestitionen und Signaling	95
3.3.4.2	Ausbildungsinvestitionen im Rechtsanwaltsmarkt	100
3.3.4.3	Zusammenfassung	102
3.3.5	Aufbau von Reputation	103
3.3.5.1	Märkte mit Reputation	104
3.3.5.1.1	Im Zeitablauf unveränderliche Qualität	104
3.3.5.1.2	Durch das Verhalten des Produzenten veränderliche Qualität	109
3.3.5.1.3	Fazit	113
3.3.5.2	Reputation und Rechtsanwälte	114
3.3.5.3	Zusammenfassung	122
3.3.6	Einsatz von Werbemaßnahmen	123
3.3.6.1	Werbeaktivitäten im Rahmen des Prinzipal-Agent-Verhältnisses	124
3.3.6.2	Werbung und Rechtsanwälte	128
3.3.6.3	Fazit	129
3.3.7	Aufbau von Franchisesystemen	130
3.3.7.1	Das Wesen des Franchisesystems	130
3.3.7.2	Franchise und Anwälte	134
3.3.7.3	Zusammenfassung	136
3.3.8	Zusammenschluß mit anderen Agenten in Form der Fusion	137
3.3.8.1	Gründe für Fusionen	137
3.3.8.2	Sozietäten	140
3.3.8.3	Fazit	144
3.3.9	Zusammenfassung der marktlichen Möglichkeiten im Rechtsanwaltsmarkt	145
3.4	Staatliche Eingriffe in den Rechtsanwaltsmarkt	153
3.4.1	Das Problem	153
3.4.2	Erleichterter Informationsaustausch zwischen den Parteien	155
3.4.2.1	Erleichterter Informationsaustausch - Möglichkeiten und Gefahren	155
3.4.2.1.1	Beseitigung von Beschränkungen des Informationsaustausches	156
3.4.2.1.2	Falsche Informationen verhindern	157
3.4.2.1.3	Standardisierung	158
3.4.2.1.4	Pflicht zur Offenlegung	159
3.4.2.1.5	Zusammenfassung	160
3.4.2.2	Erleichterte Informationsübertragung im Markt für Rechtsberatung	162
3.4.3	Informationsbereitstellung	166
3.4.3.1	Staatliche Informationsbereitstellung und -verbreitung	166
3.4.3.2	Informationsbereitstellung über die Qualität von Rechtsanwälten	171
3.4.4	Regulierung der Transaktionen	172
3.4.4.1	Regulierung der Produktqualität	173
3.4.4.1.1	Regulierung der Produktqualität - Möglichkeiten und Grenzen	173
3.4.4.1.2	Staatliche Regulierung der anwaltlichen Qualität	177
3.4.4.2	Pflicht zur Garantie/Verschärfte Haftung	179
3.4.4.2.1	Garantieverpflichtungen und das Haftungsrecht als Mittel zur Qualitätssicherung	179
3.4.4.2.2	Verschärfte Garantie und Haftung bei Anwälten	184
3.4.4.3	Pflichttransaktionen	187
3.4.4.3.1	Pflichttransaktionen als Mittel gegen Informationsasymmetrien	187
3.4.4.3.2	Pflichttransaktionen bei Rechtsanwälten	189
3.4.5	Staatliche Lösungen bei eigennützigen Akteuren	190
3.4.5.1	Staatliche Qualitätssicherung und eigennützige Akteure	190

3.4.5.1.1	Die Ebene des laufenden politischen Prozesses	191
3.4.5.1.2	Die Ebene des Grundkonsens	196
3.4.5.2	Folgen für die Regulierung der Rechtsanwälte	200
3.4.6	Qualitätssicherung durch den Staat im Markt für Rechtsanwaltsdienstleistungen - Möglichkeiten und Gefahren auf der Ebene des Grundkonsens	203
3.5	Rechtsanwaltsmarkt und kollektive Lösungen	211
3.5.1	Kollektive Lösungen und Qualitätsunsicherheit	211
3.5.2	Anwaltskammern	215
3.6	Ungleiche Information im Rechtsanwaltsmarkt - Zusammenfassung	217
4	Anwaltsregulierung als Instrument zur Kostenminimierung	224
4.1	Problemstellung	224
4.2	"Falsche" Anreize der Privaten zur Kostensteigerung	226
4.2.1	"Falsche" Anreize zur Kostensteigerung in der Zivilgerichtsbarkeit	227
4.2.1.1	Der Referenzstandard	229
4.2.1.2	Inkonsistente Erfolgswahrscheinlichkeiten	234
4.2.1.3	Verzugsgewinne	236
4.2.1.4	Immaterielle Kosten und Nutzen	238
4.2.1.5	Risikoeinstellung	239
4.2.1.6	Unzureichend gesetzter Rechtsrahmen	240
4.2.1.7	Strategisches Verhalten	241
4.2.1.8	Zusammenfassung: Die "privaten" Ursachen der Zivilprozesse - Die Anwaltsregulierung als Lösung?	246
4.2.2	"Falsche" Anreize der Privaten zur Kostensteigerung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	250
4.2.2.1	Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit	250
4.2.2.2	Kostensteigerung durch Private im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	252
4.2.3	"Falsche" Anreize der Privaten zur Kostensteigerung in der Straferichtsbarkeit	254
4.2.3.1	Strafrecht und Straferichtsbarkeit	254
4.2.3.2	Kostensteigerung durch Private im Rahmen der Straferichtsbarkeit	255
4.2.4	Fazit	256
4.3	Interesse des Staates an einer Kostenminimierung	258
4.3.1	Nicht kostendeckende Gerichtsgebühren	258
4.3.1.1	Rechtlicher Rahmen der Gerichtsgebühren	259
4.3.1.2	Grad der Kostendeckung in den Gerichtsbarkeiten und Instanzen	261
4.3.1.3	Struktur der Kostenunterdeckung	265
4.3.1.4	Ökonomische Erklärungsversuche für Niveau und Struktur der Gerichtsgebühren	269
4.3.2	Fiskalische Interessen des Staates	274
4.3.3	Zusammenfassung	276
4.4	Anwaltsregulierung als Mittel zur Kostenminimierung - Ein Irrweg?	278
5	Verteilungsrelevante Aspekte der Anwaltsregulierung	281
5.1	Das Problem	281
5.2	Interne Subventionierung mit Hilfe der anwaltlichen Gebührenordnung	283
5.3	Direkte Unterstützung durch den Staat	285
5.4	Kreditaufnahme am Kapitalmarkt	290
5.5	Vereinbarung von Erfolgshonoraren	291
5.6	Abschluß einer Rechtsschutzversicherung	294

5.6.1 Funktionsweise einer Rechtsschutzversicherung	295
5.6.2 Institutionelle Besonderheiten der Rechtsschutzversicherung in Deutschland . .	301
5.6.3 Probleme der Rechtsschutzversicherung in Deutschland	305
5.6.4 Zusammenfassung	312
5.7 Fazit	313
6 Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen	318
Literaturverzeichnis	329
Anhang	337

Verzeichnis der Tabellen

<i>Tabelle 1:</i>	Kostendeckungsgrade verschiedener Gerichtsbarkeiten	262
<i>Tabelle 2:</i>	Durchschnittliche Gebührenstreitwerte 1988 - Zivilgerichte des Landes Berlin	267
<i>Tabelle 3:</i>	Ausgabenstruktur des Gerichtswesens - Land Berlin	275
<i>Tabelle 4:</i>	Ereignismatrix mit/ohne Rechtsschutzversicherung und Prozeß	296
<i>Tabelle A-1:</i>	Zivil- und Straferichtsbarkeit Berlin - Kostendeckungsgrade 1987-1991	339
<i>Tabelle A-2:</i>	Arbeitsgerichtsbarkeit Berlin - Kostendeckungsgrade 1987-1991	340
<i>Tabelle A-3:</i>	Finanzgerichtsbarkeit Berlin - Kostendeckungsgrade 1987-1991	341
<i>Tabelle A-4:</i>	Sozialgerichtsbarkeit Berlin - Kostendeckungsgrade 1987-1991	342
<i>Tabelle A-5:</i>	Verwaltungsgerichtsbarkeit Berlin - Kostendeckungsgrade 1987-1991	343
<i>Tabelle A-6:</i>	Bundesgerichtshof in Karlsruhe - Kostendeckungsgrade 1987-1991	344
<i>Tabelle A-7:</i>	Bundesverwaltungsgericht in Berlin - Kostendeckungsgrade 1987-1991	345
<i>Tabelle A-8:</i>	Bundesfinanzhof in München - Kostendeckungsgrade 1987-1991	346
<i>Tabelle A-9:</i>	Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe - Kostendeckungsgrade 1987-1991	347
<i>Tabelle A-10:</i>	Bundesarbeitsgericht in Kassel - Kostendeckungsgrade 1987-1991	348
<i>Tabelle A-11:</i>	Bundessozialgericht in Kassel - Kostendeckungsgrade 1987-1991	349

Verzeichnis der Übersichten

<i>Übersicht 1:</i>	Theoretisch denkbare Informationsprobleme zwischen Mandant und Rechtsanwalt	60
<i>Übersicht 2:</i>	Marktliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Informationsnachfrage und Garantie	146
<i>Übersicht 3:</i>	Marktliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Preis und Ausbildung	148
<i>Übersicht 4:</i>	Marktliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Reputation und Werbung	150
<i>Übersicht 5:</i>	Marktliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Franchising und Sozietäten	152
<i>Übersicht 6:</i>	Staatliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Erleichterter Informationsaustausch I	205
<i>Übersicht 7:</i>	Staatliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Erleichterter Informationsaustausch II	206
<i>Übersicht 8:</i>	Staatliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Informationsbereitstellung und Regulierung der Transaktionen I	207
<i>Übersicht 9:</i>	Staatliche Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt - Regulierung der Transaktionen II und III	209
<i>Übersicht 10:</i>	Kollektive Möglichkeiten im Rechtsberatungsmarkt	217

Verzeichnis der Abbildungen

<i>Abbildung 1:</i>	"hidden action" bei festem Honorar \bar{H}	46
<i>Abbildung 2:</i>	"hidden action" bei variablem Entgelt für den Agenten	47
<i>Abbildung 3:</i>	"hidden information"	50

Abkürzungsverzeichnis

AG	Amtsgericht
AgV	Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher
ARB	allgemeine Rechtsschutzversicherungsbedingungen
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
DIN	Deutsches Institut für Normung
DPGI	Deutsche Gesellschaft für Produktinformation
EU	Europäische Union
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FTC	Federal Trade Commission
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
LG	Landgericht
M.a.W.	Mit anderen Worten
OLG	Oberlandesgericht
P-A-Theorie	Prinzipal-Agent-Theorie
PI	Produktinformationen
RAL	Ausschuß für Lieferbedingungen und Gütesicherung
RaRiLi	Rechtsanwaltsrichtlinien (Standesrichtlinien)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
TÜV	Technischer Überwachungsverein
VDE	Verband Deutscher Elektrotechniker
ZPO	Zivilprozeßordnung

1 Problemstellung

Im Falle von Problemen rechtlicher Art wird vielfach auf die Hilfe der Rechtsanwälte zurückgegriffen. Man kann allgemein unter dem Rechtsanwalt die Berufsbezeichnung des Beraters, des Vertreters und des Beistands für alle Rechtsangelegenheiten verstehen (vgl. Hammerstein 1988, S. 688). Gegenstand dieser Arbeit ist die ökonomische Analyse des Marktes für Rechtsanwaltsdienstleistungen, in dem die Mandanten der Anwälte als Nachfrager und die Rechtsanwälte als Anbieter dieses Gutes auftreten. Insofern wird hier die Frage gestellt, ob es den Mandanten gelingt, durch die Einschaltung eines Rechtsanwalts ihr Recht zu erhalten.

Die ökonomische Analyse der Rechtsanwälte und des damit verbundenen Rechtsberatungsmarktes stellt ein weitgehend unerforschtes Gebiet dar, denn die bisherigen, eher seltenen Untersuchungen behandeln Randprobleme, und die öffentliche Diskussion stellt diesen wettbewerblichen Ausnahmebereich kaum in Frage:

- Im deutschsprachigen Raum wurden nur wenige theoretische Untersuchungen zum Thema der Rechtsanwälte vorgenommen: Die Deregulierungskommission (1991, Tz. 430-438) unterbreitet zwar relativ umfassende Vorschläge zur Reregulierung des anwaltlichen Berufsrechts, allerdings würdigt sie die besonderen Umstände in diesem Teilbereich der Freien Berufe nicht in der notwendigen Breite und Tiefe. Knümann (1975) und Köhler (1987) bearbeiten nur Teile der zu diskutierenden Fragen, nämlich die Zweckmäßigkeit der Gebührenordnung und des Werbeverbots. Im angelsächsischen Sprachraum gibt es zwar eine breite Forschungsrichtung "law and economics" (vgl. grundlegend Posner 1977), in aller Regel wird dabei aber der Anwalt als "black box" betrachtet.
- Die empirische Untersuchung von Prognos (1987) zeigt sehr deutlich, daß Rechtsanwälte von den meisten Klienten nur eingeschaltet werden, wenn es unbedingt notwendig ist, d.h. wenn eine gerichtliche Auseinandersetzung unvermeidlich wird. Diese Studie verweist folglich auf das geringe Marktpotential der Anwälte in der Bundesrepublik Deutschland. Winters (1989) nimmt diese Kritik auf und zeigt aus betriebswirtschaftlicher Sicht Wege für

den einzelnen Anwalt auf, sein Marktpotential und seine Marktstellung zu verbessern.

- Das Thema "Rechtsanwälte" ist zwangsläufig in der politischen Diskussion, denn zum einen hat 1987 das Bundesverfassungsgericht mit zwei Entscheidungen auch das geltende anwaltliche Standesrecht als verfassungswidrig eingestuft und dem Gesetzgeber eine Nachbesserung aufgetragen. Zum anderen drängt die Europäische Union darauf, auch im Bereich der Anwaltschaft die volle Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zu verwirklichen. Die Bundesregierung hat daher im Frühjahr 1993 einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des anwaltlichen Berufsrechts vorgelegt (vgl. Kapitel 2).

Um die ökonomische Analyse der Rechtsanwälte und des Marktes für Rechtsanwaltsdienstleistungen voranzutreiben, sind zwei verschiedenartige Vorgehensweisen denkbar:

- *Analyse unter modelltheoretischer Sicht.* Man kann den Anbieter "Anwalt" als einen ökonomischen Akteur wie jeden anderen betrachten, dessen einziges Ziel die Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung darstellt. Unter der Berücksichtigung verschiedener Handlungsbeschränkungen (Marktstruktur, Gütertyp, Preisrestriktionen, Umsatzbeschränkungen, (begrenzter) Einfluß des Mandanten) ist es möglich, die Handlungsweise eines so modellierten Anwaltes unter wohlfahrtsökonomischer Sicht zu beurteilen: Welche Ergebnisse sind in einem solchen "Markt" zu erwarten, und sind diese gesamtwirtschaftlich effizient? Gleiches kann man für die Nachfrageseite, die der Mandanten, unterstellen: Mandanten maximieren ihren Nutzen unter Beachtung von Faktoren wie Budgetbeschränkungen, verschiedenen Risikoeinstellungen etc.
- *Institutioneller Ansatz.* Im Gegensatz zum modelltheoretischen Ansatz soll hier zu Beginn nicht die Annahme stehen, daß jeder Akteur in diesem Markt sich nutzen- bzw. gewinnmaximierend verhalten wird. Stattdessen setzt die Analyse mit der Frage ein, welche Vorstellungen über die Aufgaben der Rechtsanwälte und die Funktionsweise des Rechtsberatungsmarktes in der Gesellschaft existieren. M.a.W.: Welche Besonderheiten zeichnen den Anwaltsstand und den Rechtsberatungsmarkt nach weitverbreiteter Ansicht aus? Diese Vorstellungen bzw. Besonderheiten schlagen sich auch im gewissen Maße in der Ausgestaltung der Anwaltsregulierung nieder. Folglich stehen die Regulierung des Anwalts und die Motive für diese Eingriffe am Anfangspunkt dieser Analyse. Ich bezeichne diese Vorgehensweise als einen institutionellen Ansatz.

Der *institutionelle Ansatz* hat den wesentlichen Vorteil, einen breiteren Analyserahmen als der modelltheoretische aufzuspannen. Erstens werden andere Verhaltensannahmen als die der Nutzenmaximierung wie zum Beispiel "Altruismus" beim Anwalt zugelassen. Zweitens wird nicht notwendigerweise unterstellt, daß die Präferenzen der Bürger alleine auf Wohlfahrtsmaximierung ausgerichtet sind, sondern auch verteilungs- und rechtspolitische Beweggründe können in die Analyse miteinfließen, falls sie sich in irgendeiner Form in der deutschen Anwaltsregulierung niedergeschlagen haben. Möglicherweise sind auch drittens Einflußmöglichkeiten der kollektiven Entscheidungsträger (Politiker, Bürokraten, Interessengruppen) zu beachten, die weniger in die Richtung der Wohlfahrtsmaximierung, sondern eher in eine Mehrung des persönlichen Vorteils der beteiligten politischen Entscheidungsträger gehen; auch dieser Einflußfaktor mag sich in der Anwaltsregulierung niedergeschlagen haben. Kurz gesagt liegt der Vorteil des institutionellen Ansatzes gegenüber der modelltheoretischen Sichtweise darin, das Analysefeld breiter anzulegen und damit die Gefahr, ungeprüft die "Rechtsberatung durch den Anwalt" als ein Gut wie jedes andere zu betrachten, zu verringern.

Im Rahmen des institutionellen Ansatzes ist es dann Aufgabe des Ökonomen, die in Deutschland praktizierte Regulierung zu erklären. Insofern handelt es sich hier eher um eine Arbeit mit positiver (beschreibender) Ausrichtung, weniger um eine normative (bewertende), welche die geltende Anwaltsregulierung auf ihre gesamtwirtschaftliche Effizienz hin untersuchen würde. Welche Präferenzen haben sich in der Anwaltsregulierung durchgesetzt: Die Bürger mit dem Ziel der Wohlfahrtsmaximierung, der Eigennutz der regulierenden kollektiven Entscheidungsträger oder die nutzenmaximierenden Anwälte? Wie wirkt die Regulierung auf verschiedene Bevölkerungsgruppen, d.h. wer gewinnt und wer verliert durch diese Regulierung? Dennoch kann diese ökonomische Analyse des Marktes für Rechtsanwaltsdienstleistungen im gewissen Maße prüfen, ob die genannten Ziele tatsächlich in die Anwaltsregulierung Eingang fanden und ob die zu beobachtenden Auswirkungen mit den Zielen kompatibel sind. Zur Beantwortung der letzten Frage läßt es sich nicht vermeiden, die Alternativen zur bisherigen Regulierung zu betrachten und mit dem gegenwärtigen Zustand zu vergleichen. Insofern ist es das wirtschaftspolitische Ziel dieser institutionellen Arbeit, die Transparenz über Zweck sowie Funktionsweise der heutigen Anwaltsregulierung zu erhöhen. Dadurch wird der einzelne Bürger in die Lage versetzt, die Eignung der Anwaltsregulierung vor dem Hintergrund seiner Präferenzen zu beurteilen und dann entsprechende Rückschlüsse für seine Entscheidung im politischen Prozeß zu ziehen.

Die Schlußfolgerungen aus dieser Arbeit können aber noch weiter gehen: Sollte sich im Rahmen der ökonomischen Analyse zeigen, daß die kollektiven